

Blanke Nerven, langes Warten

US-Wahlen lösen politische Krise aus – Definitives Endergebnis noch ausständig

TALLAHASSEE: Die Zitterpartie um den künftigen Präsidenten der USA geht in eine neue Runde: Die Demokratische Partei von Präsidentschaftskandidat Al Gore will in vier Bezirken im wahlentscheidenden Staat Florida die Wahlzettel mit der Hand nachzählen lassen.

Betroffen sind die Kreise Palm Beach, Dade, Broward und Volusia, in denen die Grossstädte Miami, Fort Lauderdale und Daytona Beach liegen. Insgesamt geht es dort um etwa 1,78 Millionen Stimmen. Mehrere Bürger von Palm Beach protestierten gestern wegen Unregelmässigkeiten, die von der Wahl dort berichtet wurden. Einige von ihnen reichten Klage ein, um eine Neuwahl in dem Bezirk zu erreichen.

«Massive Verwirrung»

Gores Wahlkampfmanager William Daley erklärte am Donnerstag, es sei sogar möglich, dass die Demokraten eine Neuwahl in Palm Beach beantragen würden, wo es eine «massive Verwirrung» wegen der Stimmzettel gegeben habe. «Technische Fragen sollten nicht über die Präsidentschaft



Bis zum Schluss heisst es warten und hoffen. Noch nie war eine Präsidentschaftswahl in den USA so spannend und nervenaufreibend. (Bilder: Keystone)

entscheiden, sondern der Wille des Volkes», sagte er. US-Justizministerin Janet Reno kündigte eine Prüfung aller Beschwerden an. Vor Beginn der Kontrollzählung war

der Abstand zwischen beiden Kandidaten mit 1784 Stimmen noch mehr als doppelt so gross. Auf den Sieger werden alle 25 Wahlmännerstimmen verpflichtet, dieser erreicht damit die notwendige Mehrheit für das Präsidentenamt. Verzögert wird die Entscheidung zudem dadurch, dass Briefwahlstimmen aus Übersee in Florida bis zu zehn Tage nach der Wahl gewertet – vorausgesetzt sie tragen den Poststempel vom 7. November.

Die New Yorker Börse reagierte nervös auf die Ankündigung der Demokraten, die nach Befürchtung von Analysten die Zeit der politischen Unsicherheit verlängern wird. Der Dow-Jones-Index fiel binnen kurzer

um 250 Punkte, die Technologiebörse Nasdaq gab um 128 Zähler nach.

Im Kreis Palm Beach haben sich mehrere Wähler über die unübersichtliche Gestaltung des Stimmzettels beschwert. Gore und der Kandidat der Reformpartei, Pat Buchanan, standen auf dem in eine zweispaltige Tabelle gestalteten Stimmzettel nebeneinander, das Kreuz für Gore musste in den dritten Kreis in der Mitte, das für Buchanan in den zweiten gemacht werden.

Ungültige Stimmzettel

Wegen der irreführenden Wahlzettel hatten viele Bürger nach eigenen Angaben für Buchanan gestimmt, obwohl

sie eigentlich Gore wählen wollten. Buchanan erreichte in Palm Beach mit 3412 Stimmen sein bestes Ergebnis in Florida. Darüber hinaus wurden in Palm Beach 19 120 Stimmzettel für ungültig erklärt, weil zwei Kandidaten angekreuzt worden waren. Bei der Senatswahl machten nur 3783 Wähler denselben Fehler.

Ganz nahe an einem Patt – beide Kandidaten erzielten einen Anteil von 48 Prozent der 101 Millionen Stimmen – erhielt Gore nach absoluten Zahlen landesweit etwas mehr Stimmen als Bush. Da der Sieger aber vom Wahlkollegium gewählt wird, könnte Bush mit einem Sieg in Florida die gesamte Wahl gewinnen. Er wäre dann der vierte Präsident in der Geschichte der USA, der ins Weisse Haus einzieht, ohne die Mehrheit des Wahlvolkes auf seiner Seite zu haben.

Stand bei Redaktionsschluss

TALLAHASSEE: George W. Bush führt nach offiziellen Angaben bei der Zweitauszählung der US-Präsidentschaft in Florida nach der Zweitauszählung mit 1784 Stimmen. Allerdings sind noch für 14 Bezirke die offiziellen Zahlen ausstehend. Diese wurden gestern Donnerstag nicht bekannt gegeben. Die Auszählung muss bis kommenden Dienstag beendet sein.

Inoffizielle Zahlen von Fernsehstationen sahen den Vorsprung von Bush schwinden. Der Abstand zum Demokraten Al Gore betrug gemäss CNN auf Basis der Ergebnisse in 64 von 67 Bezirken nur noch 362 Stimmen.

(REPUBLICAN) GEORGE W. BUSH - PRÄSIDENT DICK CHENEY - VICE PRÄSIDENT	3	(REFORM) PAT BUCHANAN - PRÄSIDENT EZOLA FOSTER - VICE PRÄSIDENT	4
(DEMOCRATIC) AL GORE - PRÄSIDENT JOE LIEBERMAN - VICE PRÄSIDENT	5	(SOCIALIST) DAVID MCGREYNOLDS - PRÄSIDENT MARY CAL HOLLIS - VICE PRÄSIDENT	7
(LIBERTARIAN) HARRY BROWNE - PRÄSIDENT ART OLIVIER - VICE PRÄSIDENT	7	(CONSTITUTION) RALPH NADER - PRÄSIDENT LINDSEY LA DUKKE - VICE PRÄSIDENT	7
(GREEN) RALPH NADER - PRÄSIDENT LINDSEY LA DUKKE - VICE PRÄSIDENT	7		

Im Kreis Palm Beach haben sich Wähler über die unübersichtliche Gestaltung des Stimmzettels beschwert. Wegen der irreführenden Wahlzettel hatten viele Bürger nach eigenen Angaben für Buchanan gestimmt, obwohl sie eigentlich Gore wählen wollten.

NACHRICHTEN

Fremdenfeindliches Griechenland

ATHEN: Am 62. Jahrestag der Reichspogromnacht der Nazis haben sich Menschenrechts- und Anti-Rassismus-Organisationen in Griechenland besorgt geäußert über das Ausmass des Antisemitismus in ihrem Land. In einer am Donnerstag veröffentlichten Stellungnahme beklagten sie vor allem die allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber einer wachsenden «Verherrlichung» des Judentums. In Griechenland gebe es eine «Toleranz für den Antisemitismus». Nach einer in der vergangenen Woche in der griechischen Presse veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage gilt Griechenland als der fremdenfeindlichste Staat in der Europäischen Union. Danach fühlten sich 38 Prozent der befragten Griechen von Ausländern in ihrem Land belästigt.

Bronzestatue von Charles de Gaulle

PARIS: Anlässlich des 30. Todestages von Charles de Gaulle ist am Donnerstag in



Paris eine Bronzestatue des früheren Präsidenten enthüllt worden. Es ist das erste öffentliche Denkmal, mit dem de Gaulle geehrt wird. Zu Lebzeiten hatte er die öffentliche Würdigung seiner Leistungen stets abgelehnt, seine Familie hatte der Bronzestatue erst kürzlich zugestimmt. «General de Gaulle hat Frankreich verkörpert», sagte Staatspräsident Jacques Chirac bei der Einweihungszeremonie und verglich den General mit einem «Licht, das in der kollektiven Vorstellung nicht verlöscht».

16 Tote bei Unruhen

BEIRUT: Bei bewaffneten Zusammenstößen zwischen Nomaden und drusischen Farmern im Süden Syriens sind in den vergangenen drei Tagen mindestens 16 Menschen getötet und 150 verletzt worden. Die libanesische Tageszeitung «An Nahar» berichtete am Donnerstag, syrische Sicherheitskräfte hätten die Lage am Mittwoch wieder unter Kontrolle gebracht, nachdem allein am Dienstag elf Menschen ums Leben kamen. Vier Nomaden wurden von Sicherheitskräften auf der Flucht erschossen. Die Auseinandersetzungen hatten am Sonntag begonnen, als die Nomaden ihr Vieh auf Weiden der Bauern im Dorf Roha bei Sueda grasen liessen. Nach Angaben der Zeitung holten die Bauern die Polizei zu Hilfe, weil die Nomaden angeblich religiösen Streit provoziert hätten.

Lichterketten gegen die rechte Gewalt

Grösste Kundgebung gegen Rechts seit 1992 - Rau sprach für ein Deutschland ohne Angst

BERLIN: Über 200 000 Menschen und damit weit mehr als erwartet haben gestern an der grössten Demonstration gegen Rassismus und Gewalt in Berlin seit 1992 teilgenommen. Bundespräsident Johannes Rau rief bei der Kundgebung anlässlich des 62. Jahrestages der Pogromnacht zum gemeinsamen Kampf gegen den Rechtsextremismus auf.

«Arbeiten wir für ein Deutschland, in dem wir ohne Angst verschieden sein können und das wir deshalb auch lieben», sagte er bei der Abschlusskundgebung vor dem Brandenburger Tor. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, appellierte an die Menschen in Deutschland, mehr Zivilcourage zu zeigen. Er sei überzeugt, dass die Mehrheit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ablehne. «Aber diese Mehrheit darf nicht länger schweigen, sie darf nicht länger wegschauen, sie darf nicht länger die Vorgänge in unserem Land verharmlosen», betonte Spiegel.

Zu der Demonstration unter dem Motto «Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz» hatten alle im Bundestag ver-

tretenen Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber und mehr als 200 Prominente aufgerufen. Der Sänger Udo Lindenberg, Radprofi Jan Ulrich und zahlreiche weitere Prominente aus Sport, Wirtschaft und Showbranche zählten zu den Teilnehmern.

«Gewalttaten sind eine Schande»

Bundespräsident Rau, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse legten zu Beginn der Kundgebung bei einer Gedenkfeier vor der neuen Synagoge in Berlin-Mitte Kränze nieder. Von dort aus zogen die Demonstranten zum Brandenburger Tor. Der Bundestag hatte zuvor seine Plenarsitzung wegen der Demonstration unterbrochen. Auch einige Unternehmen hatten Mitarbeitern frei gegeben, um die Teilnahme zu ermöglichen. Die Veranstalter hatten ursprünglich mit nur 30 000 Teilnehmern gerechnet. Zur bisher grössten Demonstration gegen Rechtsextremismus in Berlin kamen vor acht Jahren 350 000 Menschen.

Rau bezeichnete die antisemitischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten der letzten Wochen und Monate als «Schande für unser Land». Wer



Am 62. Jahrestag der Reichskristallnacht zogen über 200 000 Menschen an der Synagoge in Berlin vorbei und demonstrierten gegen Rassismus und Gewalt. (Bild: Keystone)

andere verfolge oder erschlage, «der ist ein Feind des eigenen Landes». Die Täter behaupteten

gern, dass sie im deutschen Namen handeln würden. «Das ist eine Beleidigung für unser

Vaterland und für alle anständigen Deutschen», sagte der Bundespräsident. Er betonte, dass Patriotismus niemals mit Nationalismus verwechselt werden dürfe. «Ein Patriot ist einer, der sein Vaterland liebt. Ein Nationalist ist einer, der die Vaterländer der anderen verachtet.» Die Berliner Demonstration bezeichnete Rau als ein Zeichen nach innen und aussen. Er betonte aber auch, dass solche Signale das praktische Handeln im Alltag nicht ersetzen könnten.

Deutliche Signale

Spiegel rief die Politiker dazu auf, ihre «populistische Sprache» in der Debatte um die Einwanderungspolitik zu zügeln: «Überlegen Sie, was Sie sagen, und hören Sie auf, verbal zu zündeln.» Der Zentralratspräsident betonte, dass die Juden in Deutschland trotz der antisemitischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten ihr Vertrauen zu den verantwortlichen Politikern in diesem Land und seinen Bewohnern nicht verloren haben. «Wir brauchen aber deutliche Signale, dass die nichtjüdische Bevölkerung in ihrer Mehrheit uns und unsere jüdischen Gemeinden in diesem Land haben wollen.»